



Markus Marterbauer

Zahlen bitte!

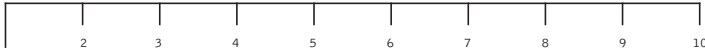
Die Kosten der Krise tragen wir alle

ISBN: 978-3-552-06173-6

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser-literaturverlage.de/978-3-552-06173-6>

sowie im Buchhandel.



Kapitel 1

Wer trägt die Kosten der Krise?

Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen in Österreich für die Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen? Wie in Deutschland grassiert in Österreich die Forderung, die Budgetprobleme der Krisenländer von jenen lösen zu lassen, die sie verursacht haben; nur so könnten die Sünden aus dem Süden wirtschaftlich vernünftiges Handeln lernen. Wenig wahrgenommen von europäischer Öffentlichkeit und Politik, tragen die Menschen in den Krisenländern bereits enorme Lasten. Diese kommen zum Beispiel im drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zum Ausdruck: In Griechenland, Irland und den baltischen Ländern übersteigt die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen bereits die Marke von 30 Prozent der Erwerbspersonen deutlich, in Spanien ist mittlerweile nahezu jeder zweite Jugendliche arbeitslos; insgesamt weisen 11 von 27 Mitgliedsländern der EU eine Jugendarbeitslosenquote von mehr als 25 Prozent auf, 2007 war dies noch in keinem einzigen Land der Fall. Hier entsteht eine verlorene Generation, die nicht nur heute unter Einkommensausfällen und verbautem Berufseinstieg leidet, sondern langfristig niedrige Einkommen, mangelnde gesellschaftliche Integration und fehlende soziale Absicherung erfährt. Das ist nicht nur aus sozialen Gründen inakzeptabel, sondern kann auch wirtschaftlich und politisch sehr gefährlich werden.

Haben die Jugendlichen und generell die Arbeitslosen, deren Zahl in der EU seit Anfang 2008 um 7 Millionen gestiegen ist, tatsächlich den enormen Anstieg der Staatsschulden verursacht und bezahlen sie nun zu Recht für wirtschaftliches Fehlverhalten? Hier lohnt es sich, den Hintergründen der Staatsschuldenkrise nachzugehen. Sie spiegeln das wirtschaftspolitische Fehlverhalten in einigen Ländern: ein

ineffizientes Steuererhebungssystem, aufgeblähte Bürokratie und Budgettricks in Griechenland; ein Bankensystem, das sich hemmungslos auf den Immobilienmärkten verspekulierte und nur noch durch Staatskapital gerettet werden konnte, in Irland; fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Portugal; der Zusammenbruch eines spekulativen Immobilienbooms in Spanien. Diese Probleme sind schwerwiegend, waren aber größtenteils schon lange bekannt und konnten kaum innerhalb kurzer Zeit eine Staatsschuldenkrise auslösen.

Wichtiger waren andere Phänomene: Geprägt von einem Herdentrieb, setzte sich bei den Finanzmarktakteuren schlagartig die Meinung durch, die Schulden könnten nicht zurückgezahlt werden, deshalb stiegen die Kosten der Versicherung von Staatsanleihen und die Zinssätze auf 10 bis 15 Prozent. Angesichts der Höhe der Staatsschuld und der schlechten wirtschaftlichen Aussichten war damit die Rückzahlungsmöglichkeit tatsächlich nicht mehr gegeben. Die Staatsschuldenkrise ist in erheblichem Ausmaß eine sich selbst erfüllende Prophezeiung der vom Herdentrieb geprägten spekulativen Finanzmärkte.

In den Krisenländern war der Anstieg der Staatsschulden seit 2007 besonders ausgeprägt, doch auch in den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern wie Österreich und Deutschland erhöhte sich die Staatsschuld um 10 bis 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die gemeinsame Ursache dieser enormen Verschlechterung der Staatsfinanzen bildet die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Der mit dem stärksten Konjunkturerinbruch seit den 1930er Jahren verbundene Rückgang der Beschäftigung und der Einkommen löste einen Ausfall an Steuereinnahmen in Milliardenhöhe aus und machte zusätzliche Konjunkturprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft notwendig; in ganz Europa wurden zudem Banken durch den umfangreichen Zuschuss von Staatskapital gerettet. Wer die großen Probleme der europäischen Politik, die hohen Staatsschulden und die Rekordarbeitslosigkeit, verstehen will, muss sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise auseinandersetzen.

Die Krise beunruhigte die Öffentlichkeit zum ersten Mal im Lauf des Jahres 2007, als eine Reihe von amerikanischen und deutschen

Banken in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, die man zunächst als kurzfristige Liquiditätsprobleme abtat. Doch spätestens im Herbst 2008 zeigte sich, dass das gesamte internationale Finanzsystem am Rand des Abgrunds stand. Ihren Ausgangspunkt nahm die Krise in den USA, wo durch die Liberalisierung von Kreditstandards und den Abbau von Regulierungen für Derivatgeschäfte einerseits die Verschuldung der privaten Haushalte stark ausgeweitet und damit der Häusermarkt angeheizt wurde und andererseits die Finanzspekulation enorm gefördert wurde. Dies führte zwar für ein paar Jahre zu einem wirtschaftlichen Boom, doch das Platzen der spekulativen Blase war in der falschen Politik der Liberalisierung von Immobilien- und Finanzmärkten schon angelegt. Die Schockwellen der Finanzkrise in den USA breiteten sich wegen der weitgehenden Globalisierung der liberalisierten Kapitalmärkte und der verbreiteten Spekulationsaktivitäten von Vermögenden und Banken auch in der EU rasch aus und brachte das Finanzsystem weltweit in Liquiditäts- und Solvenzprobleme. Das neoliberale Vertrauen in die Selbstregulierungsfähigkeit der Finanzmärkte hat sich einmal mehr als unbegründet herausgestellt.

Hinter den Finanzblasen, deren Platzen die Wirtschaft in Nordamerika und Europa in eine tiefe Rezession stürzte, stand neben dem Abbau staatlicher Regulierungen auch die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Die großen Finanzvermögen und die Spitzeneinkommen drängten auf die Finanzmärkte und befeuerten das internationale Finanzcasino. Dazu trugen auch die wachsenden Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft bei: In den USA boomte die Verschuldung der privaten Haushalte, die auch zu einer enormen Ausweitung des Defizits in der Leistungsbilanz, dem Saldo aus Exporten und Importen, führte. Demgegenüber forcierten Deutschland und China die Ausweitung des Exports, was zu hohen Überschüssen in der Leistungsbilanz führte. Die goldene Brücke zwischen den kapitalimportierenden Defizitländern und den kapital-exportierenden Überschussländern wurde durch die Schaffung neuer Finanzinstrumente gebaut. In Bezug auf die zentralen Ursachen der Finanzkrise zeigt dieses Buch, dass der Wirtschaftspolitik bislang

kaum entscheidende Reformen gelungen sind: Bei der Regulierung von Finanzmärkten und Banken sind ein paar Schritte gemacht worden, viel bleibt noch zu tun; die Ungleichheit der Verteilung und die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft drohen sich sogar weiter zu verschärfen.

Auch die Folgen der Finanzkrise zeichnen sich klar ab und werden uns selbst in Österreich sowohl wirtschaftlich als auch sozial noch sehr lange beschäftigen: hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten im Sozialstaat und eine weitere Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit. Das sind die Kosten der Krise und vor allem die sozial Schwachen haben sie zu tragen. Viele Menschen befürchten darüber hinaus wegen der im Zuge der Krisenbewältigung erfolgten Aufblähung der Geldmenge und des hohen Niveaus der Staatsschulden eine Hyperinflation wie in den 1920er Jahren. Ich halte das für wenig realistisch und lege die Gründe dafür im Buch ausführlich dar: Zwar wäre eine Inflationierung der Staatsschuld für viele Regierungen verlockend, weil sie eine Umverteilung von den Gläubigern zu den Schuldnern mit sich bringt; doch die durch Arbeitslosigkeit und Unterauslastung geprägten wirtschaftlichen Umstände sprechen ebenso gegen sehr hohe Inflationsraten wie die ökonomischen Interessen der Finanzeigentümer.

Die Staatsschuldenkrise muss auf anderen Wegen gelöst werden: Der Rettungsschirm der EU stellt ein hilfreiches Instrument dar, weil er kurzfristig die Macht der spekulativen Finanzmärkte gegenüber den Staaten, die das Finanzsystem und die Banken eben noch gerettet hatten, eindämmt. Mittelfristig kann jedoch nur eine wirtschaftliche Erholung, begleitet von einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und eine aktive Verteilungspolitik gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen die ökonomische Basis für die Verringerung der Staatsschulden bilden. Ohne eine Lösung der sozialen Probleme ist eine Lösung der Schuldenproblematik nicht möglich. Dies bedarf einer europäischen Initiative, die unmittelbar bei der Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit ansetzen muss.

Österreich ist weit weg von einer Staatsschuldenkrise und von

»griechischen Verhältnissen«, denn Budgetdefizit und Staatsschuld liegen heute wie in den letzten Jahrzehnten merklich niedriger als im Durchschnitt der EU. Dennoch ist die Konsolidierung des Staatshaushalts notwendig. Dabei haben zwar die Steuererhöhungen im Bereich von Vermögen und Ressourcenverbrauch die sozialen Kosten der Konsolidierung in erheblichem Ausmaß verringert, doch Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen und manchen Sozialtransfers treffen die Schwächsten der Gesellschaft. Erhebliche Risiken für Österreichs Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft bestehen nach wie vor im Bankensektor. Dieser ist in den letzten beiden Jahrzehnten viel zu rasch gewachsen, vor allem aufgrund der Expansion in den Osten. Die Banken haben dabei gut verdient, doch ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss ist zu hoch und eine Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten selbst nur in einzelnen osteuropäischen Ländern würde das Bankensystem und damit den gesamten Staatshaushalt vor ernste Probleme stellen. Die Bedeutung des Bankensektors muss verringert werden, weil er zum Entstehen der Krise beigetragen hat und sein Expansionsdrang hohe gesamtwirtschaftliche Risiken mit sich bringt. Im Buch werden Maßnahmen diskutiert, mit denen das erreicht werden kann.

Österreich ist auch in Bezug auf die Arbeitslosigkeit besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen EU-Länder. Doch die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer deutlich über dem Niveau vor der Krise. Gleichzeitig wird allerdings in der Öffentlichkeit eine Debatte über eine bevorstehende Knappheit an Arbeitskräften geführt. Im Folgenden wird gezeigt, welche Potenziale an Arbeitskräften in Österreich bestehen und wie sie genutzt werden können. Ein Rückgang des Arbeitskräfteangebots lässt Vollbeschäftigung erreichbar werden und bildet damit eine wichtige Voraussetzung für sozialen Fortschritt.

Der Sozialstaat hat sich in der Finanzkrise als stabilisierender Faktor bewährt und seine Überlegenheit gegenüber privaten, auf den Kapitalmärkten basierenden Sicherungssystemen einmal mehr unter Beweis gestellt. Doch um den Problemen der Demografie, der Ver-

schiebung in den Familienstrukturen, der zunehmenden Armut und Ungleichheit zu begegnen, muss der Sozialstaat um- und ausgebaut werden: Er muss besser nach unten absichern und dem großen Bedarf an zusätzlichen sozialen Dienstleistungen im Bereich der Kindergärten und Ganztagschulen, der Sozialarbeit und der Pflegeleistungen rasch nachkommen. Dabei gilt es vor allem, die Interessen von Frauen zu berücksichtigen, die jetzt den Großteil der unbezahlten privaten Betreuung- und Pflegearbeit leisten und dadurch erhebliche Nachteile bei Erwerbseinkommen und eigenständiger sozialer Absicherung erleiden. Ein Ausbau der sozialen Dienstleistungen kann als Investition in Frauen und Kinder angesehen werden, die nicht nur sozialen Fortschritt mit sich bringt, sondern auch gesamtwirtschaftlich sehr positive Wirkungen hat.

Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste Krise führt zu einer Zunahme der Ungleichheit der Verteilung des Wohlstandes. Arme und Mittelschicht haben schon in den letzten Jahrzehnten nur recht eingeschränkt an der Zunahme des wirtschaftlichen Wohlstandes partizipiert. Ein großer Teil des Wachstums kam Spitzenverdienern und Vermögenden zugute. In der medialen Debatte wird die Mittelschicht, die von Leistungseinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit lebt, gerne als großer Verlierer der staatlichen Umverteilung dargestellt. Das ist falsch: Der Sozialstaat ist auf die Bedürfnisse der Mittelschicht zugeschnitten, und sie profitiert genauso wie die Armen vom Ausbau sozialer Dienstleistungen. Die Gewinner der wirtschaftlichen Entwicklung waren in den letzten Jahren die Reichen, die die obersten 10 Prozent der Haushalte bilden, mehr als die Hälfte des Finanz- und Immobilienvermögens (von insgesamt gut 1400 Milliarden Euro) besitzen und für die leistungslose Vermögenseinkommen eine große wirtschaftliche Rolle spielen. Die enorme Konzentration der Vermögen bringt negative Wirkungen auf Leistungsbereitschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Gesamtwirtschaft mit sich; sie stellt aber auch eine Gefährdung der demokratischen Mechanismen unserer Gesellschaft dar. Konkrete Vorschläge für eine stärkere Besteuerung von Vermögen und für eine Eindämmung der vielen Begünstigungen in der

Einkommensteuer, die vor allem den Spitzenverdienern nutzen, werden hier genauso diskutiert wie das Aufkommen und die Verteilungswirkungen dieser Maßnahmen. Mit den gewonnenen Mitteln kann die wünschenswerte Verbesserung des Sozialstaates finanziert werden.

Besteuerung von Vermögensbeständen, Ausbau sozialer Dienstleistungen, Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit und Erhöhung der Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen stellen wichtige Elemente jener emanzipatorischen Reformstrategie dar, die dazu beitragen würde, die soziale Entwicklung ein wenig vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln. So könnte eine Gesellschaft entstehen, die wirtschaftliche und soziale Leistung honoriert, solidarisch gegenüber den Schwachen ist, die Endlichkeit der Ressourcen berücksichtigt und die Lebensqualität für alle Menschen deutlich erhöht.

Ich versuche in diesem Buch, zum emanzipatorischen Reformprojekt durch die Vermittlung von Zahlen und Fakten sowie die Klärung grundlegender wirtschaftlicher Zusammenhänge beizutragen. Damit sollen auch den wirtschaftspolitisch interessierten Laien jene Argumente an die Hand gegeben werden, mit denen es gelingen kann, in den Debatten der nächsten Jahre die großen vorhandenen Gestaltungsspielräume der Politik aufzuzeigen und diese auch zu nutzen.